

Die Windkraft als Nutznießer

geschrieben von Admin | 17. April 2022

Die faule Goldmarie der Energiewende

von Frank Hennig

Der Atomausstieg und die Rohstoffverteuerung treiben die Strompreise. Profiteur sind die Windkraftanlagen, deren Betreiber selbst bei hohem Windaufkommen gut kassieren. Dabei drohten noch 2020 tausende Räder stillgelegt werden. Mit dem Ende der 20-jährigen Förderung wäre ihr Strom nicht mehr verkäuflich gewesen.

Der Teufel macht immer auf den größten Haufen, sagt der Volksmund. Geld zu Geld, wer reich ist, wird reicher. Die Glücklichen sind in diesem Fall die Windkraftjunker und Solarkönige.

Noch Anfang 2020 (Woche 10) dümpelte der Spotpreis an der Strombörse um die 3,5 Cent pro Kilowattstunde (Ct/kWh) herum, entsprechend 35 Euro pro Megawattstunde (€/MWh). Zu wenig für einen wirtschaftlichen Betrieb von Onshore-Windkraftanlagen, deshalb zahlten die Kunden zwangsweise Vergütungen von 6,5 Ct/kWh aufwärts.

In gleichen Zeitraum dieses Jahres stehen 48 Ct/kWh (480 €/MWh) auf den Charts, für die Folgejahre werden im Langfristhandel 30 Ct/kWh und mehr aufgerufen. Damit sind die Windmüller nicht mehr auf die EEG-Umlage angewiesen, auf einer nach oben offenen Skala können sie sich die Taschen füllen, nach unten sind sie durch die Umlage abgesichert. Die EEG-Umlage errechnet sich aus der Differenz vom Großhandelspreis zur zugesagten Garantievergütung. Bisher lag die Vergütung fast immer deutlich über dem Marktpreis, so dass auf das EEG-Umlagekonto, über das der Ausgleich erfolgt, eingezahlt werden musste. Das war für jeden auf der Stromrechnung ersichtlich. Das Umschwenken der EEG-Umlage auf die Staatskasse wird wohl nur noch plakativen Charakter haben, denn es wird kaum noch Geld fließen.

Betreiber von Windkraftanlagen können sich die Taschen füllen

Profiteure der Preisentwicklung sind auch die Wasserkraft, die noch laufenden Kernkraftwerke und die Solaranlagen, die ihren Strom am Markt verkaufen. Die Kernis können sich ihren Auslaufbetrieb auf Grund fehlender Brennstoffkosten versüßen, die Wasserkraft ist allerdings im Umfang am Wasseraufkommen begrenzt. Die Braunkohlekraftwerke haben weniger davon, zwar steigt die Braunkohle kaum im Preis, gleichzeitig werden sie aber durch steigende CO₂-Zertifikatepreise belastet. Verlierer sind die Steinkohle- und vor allem Gaskraftwerke, die auch Zertifikate einsetzen müssen, aber enorme Preiserhöhungen des

Brennstoffs zu bewältigen haben.

Die globale Konjunkturbelebung nach der Pandemie, schnell steigender Öl-, Gas- und Kohlebedarf, gerissene Lieferketten und nun der Krieg in der Ukraine lassen die Preise auf Rekordhöhen steigen. Jede Fahrt an der Tankstelle vorbei sorgt für Entsetzen. Außerdem wirken der Lieferstopp australischer Kohle nach China, der dort zu zeitweisen Stromabschaltungen und zum Ausweichen auf LNG (verflüssigtes Erdgas) führte sowie unterlassene Investitionen in Erkundung und Exploration von Öl- und Gaslagerstätten durch Konzerne wie Esso oder Shell. Dies wiederum ist eine Folge der EU-Taxonomiebestrebungen, die die Finanzierung fossiler Quellen behindert. Der globale Markt an Energierohstoffen wird enger und die Förderung wird sich auf Asien, Arabien und Nordamerika konzentrieren.

Nach der KKW-ABSchaltung bekam der Strompreis einen Schub

Aber nicht nur die globalen Einflüsse wirken. Mit dem Abschalten von drei deutschen Kernkraftwerken (KKW) zum 31. Dezember 2021 bekam der Strompreis im Großhandel einen neuen Schub, obwohl zum Jahreswechsel zweistellige Temperaturen herrschten, kein richtiger Winter einsetzte und die beiden ersten Monate 2022 ausgesprochen windreich waren.

Nach unbestätigten Quellen können die Windmüller 2022 mit acht Milliarden Euro Zusatzgewinn, so genannten Windfall-Profits, rechnen. Das dürfen sie alles behalten, das ist politisch gewollt. Heute sitzen Lobbyisten direkt als Staatssekretäre in der Regierung, so dass eine Änderung des Kurses schwierig wird.

Während bei Preisverfall nach unten die zugesagte EEG-Vergütung und der Einspeisevorrang greifen, rutschen die Zusatzgewinne bei hohen Preisen ungekürzt in den Beutel der Betreiber. Selbst wenn der Strom nicht gebraucht wird und über negative Preise ins Ausland verramscht werden muss, selbst wenn auf Grund von Netzrestriktionen Windkraftanlagen abgeschaltet werden müssen, rollt der Euro weiter. Während in Großbritannien die aus hohen Marktpreisen resultierenden Zusatzgewinne zugunsten des Staatshaushaltes und der Stromkunden eingezogen werden, gilt die deutsche grüne Politik ausschließlich dem Wohlergehen der Ökostromer. Bis zum Sommer will man nun im Klimaministerium immerhin nachdenken. Selbst das branchenfreundliche DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) rät inzwischen zu so genannten Differenzverträgen, die die Profitskala nach oben begrenzen.

Wind-Cash ohne Risiko

Das EEG-Umlagekonto wies bereits Ende 2021 ein Guthaben von 10,6 Milliarden Euro auf. Der Entfall der EEG-Umlage auf den Strompreis wird kaum Steuergeld kosten. Das Geld fließt nun über den hohen

Großhandelspreis von den Stromkunden direkt. Bemerkenswert ist, dass es trotz milder und windreicher Wintermonate kaum und nur gering negative Preise am Markt gibt. Der „Überschuss-Strom“, den man so gern zur preiswerten Erzeugung grünen Wasserstoffs nutzen wollte, ist nicht da. Schlechte Karten auch für die Stadtwerke und Energieunternehmen, die mit solchem Strom über Power-to-Heat günstig Wärme erzeugen wollen. Das wird im Sommer mit dem gewaltigen Überschuss an Fotovoltaik noch gelingen, aber wer braucht da Wärme?

Es ist absehbar, dass die Strompreise durch die globalen Einflüsse, die EU-Taxonomiepolitik, die EZB-getriebene Inflation und die deutsche Abschaltspolitik weiter steigen werden. „Dem Klima“ hilft es nicht. Nach Angaben der Internationalen Energieagentur (IEA) stiegen die energiebedingten CO₂-Emissionen 2021 auf einen neuen Rekordwert von 36,3 Milliarden Tonnen. Daran ändert auch eine weiter steigende Anzahl deutscher Windkraftanlagen nichts, die Anfang März mit 10 bis 15 Prozent ihrer installierten Leistung Strom einspeisten, deren Betreiber dafür 35 bis 40 Ct/kWh kassierten und weiter Geld anhäuferten.

Aber nicht der Teufel vergrößert diesen Haufen Geld, sondern vor allem deutsche Energiepolitik.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier